

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 263

3. Juli 2002

8. Jahrgang

Das Ende der Tortilla?

In den letzten Jahren hat sich die Krise in der guatemaltekischen Maisproduktion zugespitzt. Während sich der Import von Mais vervielfacht hat, ist der Preis gesunken und die Produktionskosten gestiegen. Dies hat viele kleine ProduzentInnen in den Ruin getrieben und dazu geführt, dass sie sich der Anpflanzung anderer Produkte widmeten. Mais wird vor allem noch zur Selbstversorgung im Hochland angepflanzt oder auf grossen Ländereien an der Küste, die als einzige noch wettbewerbsfähig sind. Parallel dazu hat das mexikanische Maismehlunternehmen *Maseca* den guatemaltekischen Markt überschwemmt, verdrängt damit die traditionelle Tortillaherstellung und drückt weiter auf die Preise. Der massive Maisimport wird von Umweltorganisationen in Verbindung gebracht mit dem ebenfalls zunehmenden Import gentechnisch manipulierter Produkte vor allem aus den Vereinigten Staaten.

Der folgende Artikel erschien im Inforpress vom 26. April 2002.

Gegen gentechnisch manipulierten Mais

Soziale- und Umweltorganisationen haben vom 10. bis 17. April verschiedene Aktivitäten im Rahmen der *Kontinentalen Aktionswoche gegen den Gen-Mais* organisiert.

In ihrer Erklärung hiess es, dass durch das Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA die lokale Produktion verdrängt worden sei, dass Mais zu Dumpingpreisen verkauft worden sei dank der Unterstützung, die US-amerikanische ProduzentInnen von ihrer Regierung erhielten.

Mexiko z.B. importiert jährlich über sechs Millionen Tonnen Mais aus den Vereinigten Staaten und man nimmt an, dass dort rund 35 - 40% des angepflanzten Mais gentechnisch manipuliert ist. Diese 'Verschmutzung' des mexikanischen Mais gefährdet nicht nur die Gesundheit der MexikanerInnen, sondern auch die Einkommensgrundlage von hundert Tausenden von Personen, die von Maisproduktion und -Verkauf abhängig sind.

Proteste und Demonstrationen vor Firmen, die gentechnisch manipuliertes Saatgut herstellen und vor den Botschaften und Konsulaten der Vereinigten Staaten wie auch Kanada und Telefon- und Faxkampagnen bei Unternehmen wie *Maseca* oder *Bimbo*, um gentechfreie Produkte zu fordern, waren Teil der Aktivitäten der Aktionswoche. Es wurde dazu aufgerufen, diese neuen Technologien nicht zu akzeptieren und vielmehr in eine agro-ökologische Technologie zu investieren, die den lokalen BäuerInnen zugute kommt und sie nicht vom Weltmarkt und vom Gebrauch von Düngemitteln abhängig macht.

Auch in Guatemala fanden im Rahmen der Aktionswoche Veranstaltungen statt, zum Beispiel ein Forum über gentechnisch manipulierten Mais, organisiert von der Fakultät für Agronomie der Universität San Carlos, der *Plattform fürs Leben* und dem Kollektiv *Madre Selva*. Obwohl Guatemala weltweit das Land mit der dritt grössten Maisdiversität ist, wird die nationale Produktion von den massiven Importen immer mehr verdrängt. Im Jahr 2000 importierte Guatemala mehr als 5,12 Milliarden Tonnen Mais, im Jahr 2001 waren es bereits 6,09 Milliarden Tonnen.

Der Import aus Mexiko stieg von null Ende der 90-er Jahren auf 5000 Tonnen im Jahre 2001. 90% des importierten Maises kam 2001 aus den Vereinigten Staaten. Insgesamt importierte Guatemala in diesem Jahr 463'000 Tonnen gelben und 55'000 Tonnen weissen Mais aus den USA.

Laut Alfredo Gil von der guatemaltekischen Landwirtschaftskammer wird im Land selber, mit Ausnahme einiger Selbstversorgergemeinden, quasi kein gelber Mais mehr angepflanzt, die Produktion von weissem Mais hat in den letzten Jahren um 80% abgenommen. Gelber Mais wird vor allem als Tiernahrung gebraucht, weisser zur Herstellung von Maismehl und Tortillas.

Der Siegeszug von *Maseca*

Ein Beispiel für die globalisierten Unternehmen, die den lokalen Maismarkt dominieren, ist die Gruppe *Maseca* (GRUMA), die seit Anfang der 70-er Jahre in der Region operiert. Das Unternehmen betreibt vier Fabriken zur Herstellung von Maismehl in Guatemala, El Salvador, Honduras und Costa Rica mit einer totalen Produktionskapazität von jährlich 1,26 Milliarden Tonnen. In Costa Rica betreibt *Maseca* zusätzlich je ein Snack-, eine Tortilla- und eine Reisfabrik, vier Bäckereien, eine Konditorei und eine Palmplantage. *Maseca* beherrscht 82% des regionalen Maismehlmarktes.

In Guatemala wird *Maseca* mitverantwortlich gemacht für die sinkenden Maispreise. Dies gibt das Unternehmen auch zu und in seinen Unterlagen heisst es dann: "Dank seiner soliden Teilnahme am Markt und seinen Verhandlungsfähigkeiten konnte GRUMA Centroamérica die Einkaufspreise für den Rohstoff Mais verbessern", was nichts anderes heisst, als dass die BäuerInnen für ihren Mais einen schlechteren Preis bekommen.

Ein weiteres Projekt von GRUMA in Guatemala, ist die industrielle Tortillaherstellung. Dazu sollen traditionelle "Tortilleras" zusammengeschlossen werden, es

sollen ihnen Tortillamaschinen zur Verfügung gestellt und Procente beim Kauf von Maismehl gewährt werden. Noch sind es vereinzelte Projekte, die bisher erst in der Hauptstadt und grösseren Städten wie Quetzaltenango ge-fruchtet haben, die jedoch längerfristig eine "Revolution" der Tortillaproduktion nach sich ziehen könnten, eine Arbeit, die vorläufig in erster Linie von (Frauen-)Hand gemacht wird.

Die zunehmende Produktion und der zunehmende Verkauf von Maismehl in Guatemala macht auch die BäuerInnen besorgt.

Juan Tiney von der *Nationalen Indígena- und BäuerInnenkoordination* CONIC erzählt von vielen *Tortilleras*, die nicht mehr mit der frisch gemahlten Maismasse (nixtamal) arbeiten, sondern nur noch mit Maismehl. Dies bedeutet, dass die 'kleinen' BäuerInnen ihren Mais nicht mehr an die *Tortilleras* verkaufen können. Der Rückgang der Absatzmöglichkeiten geht logischerweise mit einer Preis-senkung einher.

Laut Tiney wird der von *Maseca* in Guatemala verarbeitete Mais aus Mexiko importiert oder den Grossgrundbesitzern an der guatemaltekischen Südküste abgekauft.

Mario Godínez von *Ceiba*, einer Organisation die mit MaisbäuerInnen

in Chimaltenango arbeitet, erzählt, dass sich *Maseca* beim Kauf von Mais sehr vorsichtig verhält und meist Zwischenhändler losschickt, um mit den BäuerInnen zu verhandeln. Diese Zwischenhändler suchen dann meist einen ganz bestimmten Maistyp und verschmähen den Mais *criollo*, der von den BäuerInnen selbst aus den Körnern der letztjährigen Ernte gezogen wurde. Viele ProduzentInnen sind gezwungen, sich dem Diktat des Marktes zu biegen und hybriden Mais anzupflanzen, dessen Körnern 'steril' sind und aus denen keine weitere Ernte gezogen werden kann. Die BäuerInnen sehen sich gezwungen, entweder auf dieses 'Geschäft' einzusteigen oder ihr Land zu verkaufen und sich andere Einnahmequellen zu suchen.

Der Mais hat aufgehört, eine gute Einnahmequelle zu sein und die Region hat aufgehört, für ihren Mais bekannt zu sein.

Die Rückeroberung des Mais

Der Einmarsch der durch die Globalisierung bedingten Effekte in die Gemeinden, das Verändern der marktwirtschaftlichen Regeln und die Verdrängung von kleinen ProduzentInnen vom Markt, haben regionale Organisationen dazu getrieben, ein Umdenken zu fordern. Ein Umdenken in der

Nahrungsmittel- und Handelspolitik, das einen Schutz und eine Hilfe vorsieht für diejenigen, die gezwungen sind, dieses 'Spiel' mitzumachen, ohne dass sie jemals etwas davon profitieren würden.

Der mexikanische Anthropologe Armando Bartra besteht darauf, dass die Anbau- und Ernährungsmethoden wieder aufgenommen werden, die erwiesenenmassen am meisten Arbeit und Einkommen für die Landbevölkerung generieren: Die traditionelle BäuerInnenwirtschaft mit Feld, Garten und Hof. Der Anbau von Mais sei kulturell verwurzelt, ausserdem würde er als Nahrungsmittel 70% des Kalorienbedarfs einer Familie decken, auf dem Feld und im Garten könne ein grosser Teil wilder und domestizierter Biodiversität bewahrt werden.

Er sei sich bewusst, dass Mais der Rohstoff für globalisierte Produkte wie Tortilla sei, die heute auch in den USA, Europa, Asien und Australien gegessen werde, räumte Bartra ein. Von einer gerechten Entwicklung könne man aber nur sprechen, wenn Strategien entwickelt werden, die einerseits eine drastische Reduktion des Maisimports und anderer Getreide anstrebe und andererseits die bäuerliche Landwirtschaft stärke und erweitere.

Internationaler Tag gegen den Gentech-Mais

Im Rahmen der im obigen Artikel erwähnten *Kontinentalen Aktionswoche gegen den Gen-Mais* wurde der 14. April zum *Internationalen Tag gegen den gentechnisch veränderten Mais* erklärt. Die *Solidarische Gruppe für Aktion und Vorschläge des Petén* veröffentlichte dazu folgende Erklärung:

Anfang des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit mit grossen technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen konfrontiert. Nicht nur das Wissen darüber, wie die Lebewesen konstituiert sind und funktionieren nimmt zu, sondern der 'Zauberlehrling' namens Gentechnik eignet sich immer mehr Techniken an, um in Organismen einzugreifen, sie zu verändern und neue Lebewesen zu kreieren, die bisher unbekannt waren. Was auf der einen Seite eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die gesamte Weltbevölkerung mit sich bringen kann, denken wir an die Medizin, die Landwirtschaft und die Ökologie, ist auf der anderen Seite eine Bedrohung für das Leben selbst. Die Zerstörung der Biodiversität, das Aufkommen neuer, unbekannter Krankheiten, die

Zerstörung ganzer Ökosysteme, die Abhängigkeit, die Misere und Gewalt, in die Natur und Menschen gedrängt werden, bedrohen uns heute mehr denn je.

Wissenschaft und Technik haben unglaubliche Fortschritte gemacht, doch das Machtdenken, die Machtstrukturen und die Ausbeutung menschlicher Gesellschaften haben sich nicht verändert, so dass dieser Fortschritt, der für die Menschheit von grossem Nutzen sein könnte, die alten Modelle von ungerechter Gesellschaft, von Autoritarismus und Monopolismus stützt und stärkt.

So geschieht es auch mit dem gentechnisch veränderten Mais: Statt dass sich WissenschaftlerInnen darum bemühen, der Misere und dem Hunger ein Ende zu setzen, kümmern sie sich in erster Linie darum, wie sie sich noch mehr genetisches Material aneignen können. Transnationale Firmen sind einzig daran interessiert, ihre chemischen Produkte zu verkaufen und die Ressourcen zu monopolisieren, ohne sich darum zu kümmern, welche sozialen (Verschwinden der traditionellen Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit) und ökologische (Ausrottung nützlicher Insekten, Resistenz

von Schädlingen auf Pestizide, Vergiftung des Bodens, etc.) Konsequenzen dies hat.

Die neuen Biotechnologien und die grossen Entdeckungen der letzten Jahre, zu denen auch die Gentechnologie und -Manipulation gehören, richten sich in erster Linie nach kommerziellen Kriterien, bei denen es um Wettbewerb und Gewinn geht und nicht um die Rechte und das Wissen der indigenen Völker, um soziale oder ökologische Fragen oder um Fragen der Gesundheit. Das heisst, diese Technologien richten sich in erster Linie nach:

- derjenigen Bevölkerungsschicht, die bezahlen kann und nicht nach den Problemen, die eine Mehrheit der Bevölkerung (ohne Kaufkraft) zu bewältigen hat.

- der Privatisierung und Monopolisierung lebender Organismen, die, indem man sie patentiert, nicht mehr zum allgemeinen Kulturgut gehören, sondern zu einer weiteren Handelsware der transnationalen Unternehmen werden.

- der Kontrolle landwirtschaftlicher Produktionsprozesse, durch die BäuerInnen von transnationalen Unternehm-

men abhängig werden.

- einer Marktentwicklung, die alle traditionellen Formen von Landwirtschaft verdrängt und unrentabel macht und die BäuerInnen dazu zwingt, ihre Parzellen zu verlassen und andere Einkommensformen zu suchen.

- der Schaffung eines Weltmarktes, in dem die transnationalen Unternehmen grosse Gewinne erwirtschaften und Millionen von Personen dazu zwingen, gentechnisch manipulierte Lebensmittel zu konsumieren, ohne dass sie vorher konsultiert oder informiert worden wären.

Deshalb ruft die *Solidarische Gruppe für Aktion und Vorschläge des Petén* weltweit alle bewussten Personen und Organisationen auf, sich dafür einzusetzen, dass:

- die Wissenschaft und die Einführung neuer Technologien nicht nur ein Macht- und Dominanzinstrument sind, sondern auch ethische Kriterien berücksichtigt werden, die humanitäre Interessen vor marktwirtschaftliche stellen, und die menschliche Gesundheit, ökologisches Gleichgewicht und das Recht auf Information und Selbstbestimmung der

Völker ernstnehmen.

- Mechanismen geschaffen werden, die weltweit die Biopiraterie verbieten und den verschiedenen Völkern der Erde Werkzeug sind, um eine direkte Kontrolle über die Aktivitäten der Transnationalen auszuüben, die auf nationaler oder internationaler Ebene an der Genmanipulation arbeiten.

- die Technologie und die genetisch veränderten Produkte dazu genutzt werden, weltweite Probleme wie den Hunger, die ökologische Erosion etc. zu lösen.

Gentech- Müll für die "Dritte" Welt

Guatemala, 11. Juni. Als sogenannte Hilfe, um den Hunger in den ärmsten Ländern Lateinamerikas zu bekämpfen, verteilen internationale Hilfswerke gentechnisch veränderte Lebensmittel, die in den Vereinigten Staaten, Europa, Japan und vielen andern Ländern der Welt längst verboten sind.

An einer Pressekonferenz informierte die Umweltorganisation *Madre Selva*, dass das Welternährungsprogramm (WFP) in Guatemala gentechnisch veränderten Mais verteilt hat, der nicht empfohlen wird für den menschlichen Konsum. Dabei handelt es sich um drei Maissorten (Liberty Link, produziert von Monsanto, BtXtra und Roundpu Ready), die alle in Europa verboten sind, da noch nicht genau erforscht werden konnte, wel-

che Auswirkungen der Konsum dieses Maises auf den menschlichen Organismus hat. Dazu kommt, dass diese Maissorten nicht wie 'natürliche' Maiskörner keimen, sondern spezielle chemische Präparate dazu benötigen.

Guatemala ist nicht das einzige lateinamerikanische Land, dem dieser 'Segen' zu Gute kam. Auch Nicaragua und Bolivien wurden mit gentechnisch manipuliertem, dem menschlichem Konsum schadenden Mais beschenkt. Im Fall von Bolivien handelt es sich unter anderem um den Mais Starlik, der gentechnisch verändertes Protein enthält, das Allergien und Schwindel auslöst, in einigen Fällen Ohnmachten, deren Folgen zerebrale Schäden waren. Dieser Mais wurde ursprünglich von der Firma Kraft für die Produktion von *Tacos* verwendet.

Nachdem Untersuchungen die Gefährlichkeit dieses Produktes zu Tage brachten, wurde der Mais vom Markt gezogen - niemand wusste, was mit den Tonnen von gentechnisch manipuliertem Mais geschah, bis er jetzt in Lateinamerika wieder auftauchte.

In einer Stellungnahme erklärte das Welternährungsprogramm, seine Politik sei es, keine für Menschen ungeniessbare Produkte anzunehmen. Umwelt- und KonsumentInnenorganisationen erwidern dem, dass sich das WFP zu wenig dafür interessiere und keine Kontrolle darüber habe, was die geschenkten Produkten enthalten. Ausserdem heisse es nirgendwo in den Richtlinien des Welternährungsprogramms, das es keine gentechnisch manipulierten Lebensmittel verbe-

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel
PC: 30-516068-6

Redaktion
Barbara Müller
Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

PBI überlegt Wiedereinstieg in Guatemala

Guatemala, 17. Juni. *Brigadas Internationales de Paz* (PBI) teilen mit, dass sie aufgrund der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Guatemala ab Juli bis Ende Jahr eine Erkundungsmission, bestehend aus zwei ehemaligen PBI- MitarbeiterInnen, nach Guatemala senden und eine mögliche Wiederaufnahme der Arbeit abklären.

PBI begannen die Arbeit in Guatemala im März 1983, als erstes Projekt überhaupt. In all diesen Jahren wurden eine Vielzahl von Flüchtlingen, GewerkschafterInnen, VertreterInnen von Indígena- oder BäuerInnenorganisationen, MenschenrechtsaktivistInnen und Mitglieder der katholischen Kirche begleitet. Nach einem langen Evaluationsprozess, dessen Schlussfolgerung war, dass eine internationale Präsenz nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen nicht mehr notwendig sei, beendeten PBI im März 1999 ihre Arbeit.

Seither verfolgt die Organisation

mit grosser Aufmerksamkeit die Geschehnisse in Guatemala. Eine internationale BeobachterInnendelegation befand sich während der Wahlen 1999 im Land. Nach verschiedenen Anfragen guatemalteckischer Organisationen fanden im April, Juni und August 2001 Besuche von PBI statt, um sich vor Ort ein Bild machen zu können. Die Auswertung dieser Besuche hat ergeben, dass "sich die Situation in Guatemala seit 1998 generell und speziell in Bezug auf die Menschenrechte verschlechtert hat. Wir haben keine Zweifel daran, dass eine internationale Aufmerksamkeit und Begleitung notwendig ist".

Die Aufgabe der Erkundungsmission besteht darin, die Situation zu analysieren und aktuelle Ereignisse zu verfolgen, Kontakt mit ehemaligen PartnerInnen wieder aufzunehmen, die Bestrebungen ähnlicher Initiativen zu unterstützen und die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Arbeit zu prüfen.

Proteste der Ex-PAC legen den Petén lahm

Guatemala, 26. Juni. Rund 16'000 (25'000 laut *Prensa Libre*) ehemalige Zivilpatrouillisten (PAC) hielten während 48 Stunden die wichtigen Verkehrsverbindungen im Petén unter Kontrolle, so die Strasse zum Flughafen in Santa Elena, die Strasse zur Ölraffinerie in La Libertad und die Zugangsstrasse zum Nationalpark Tikal. Sie fordern, dass ihnen endlich die Abfindungssumme von 20'000 Quetzales (ca. 2500 US-\$) pro Person bezahlt werde, die ihnen von der Regierung bei ihrer Demobilisierung versprochen wurde.

Die Regierung reagierte mit ungewohnter Schnelligkeit. Eine hochrangige Regierungsdelegation reiste unverzüglich in den Petén und verhandelte mit den protestierenden Ex-PAC. Noch für die selbe Woche bekamen sie einen Termin bei Präsident Portillo. Gabriel Aguilera, präsidentaler Friedenssekretär meinte zwar, die Regierung sei nicht verpflichtet, den ehemaligen Patrouillisten eine Entschädigung zu bezahlen, da diese nie offizielle Angestellte des Militärs, bzw. des Staates, gewesen seien. Selbstverständlich sei man aber bereit, ihnen im Rahmen von Wiedergutmachungsprogrammen entgegenzukommen, z.B. mit dem Bau von Schulen und Strassen. Ebenso versprach die Regierungskommission die Weiterführung des Dialogs

mit den Ex-PAC.

Die schnelle Reaktion der Regierung auf die Proteste der ehemaligen Patrouillisten wurde stark kritisiert. "Die Regierung hätte nicht in Verhandlungen eintreten dürfen", meinte die ANN-Kongressabgeordnete Nineth Montenegro, und fragte "weshalb werden die Proteste der BäuerInnen oder der Arbeiter, die seit Monaten vor dem Regierungsgebäude protestieren, nicht mit der selben Schnelligkeit behandelt?"

Die zivilen Selbstverteidigungstruppen (PAC) wurden 1981 als eine aufstandsbekämpfende Massnahme eingeführt. Ihre Aufgabe war die Überwachung und Denunzierung der ländlichen Bevölkerung und die Mithilfe bei militärischen Aktionen. In den Untersuchungen der Wahrheitskommission (CEH) existiert ausführliches Material über die von den PAC verübten Verbrechen, ZeugInnenaussagen von PAC-Mitgliedern sowie von ihren Opfern. 1995 wurden die PAC offiziell aufgelöst, die Mobilisierung im Petén (und auch frühere Aktionen) zeigen aber, dass ihre Strukturen noch voll intakt sind. Und offenbar sind es nicht bloss die 'Veteranen', die die Organisation aufrechterhalten. Auf Fotos des jüngsten Protests fallen zahlreiche junge Menschen auf, die zur Zeit des bewaffneten Konfliktes noch Kin-

der waren. Interessant ist auch, dass es eine Frau ist, die als Sprecherin der protestierenden Ex-PAC im Petén auftritt, waren doch die Zivilpatrouillen eine ausschliessliche Männerorganisation.

In diesem Zusammenhang werfen verschiedene AnalytikerInnen die Frage nach dem Verhältnis der Regierungspartei FRG zu den ehemaligen Zivilpatrouillist(-Innen müsste man jetzt fast sagen) auf. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Ex-PAC eine wichtige Rolle spielten bei der Bekämpfung der Verfassungsreformen, es ist allgemein bekannt, dass die FRG bei den letzten Wahlen am meisten Stimmen machte in denjenigen Regionen, wo der Krieg am schlimmsten war und es soll in Erinnerung gerufen werden, dass es ehemalige Zivilpatrouillisten waren, die in Solidarität mit Kongresspräsident Ríos Montt demonstrierten, als dieser angeklagt war, das Alkoholsteuergesetz gefälscht zu haben.

Zwar wird daran gezweifelt, dass hinter den Protesten im Petén direkt die FRG steckt. Doch ist nicht zu leugnen, dass die FRG und Ríos Montt wunderbar wahlpolitisches Kapital daraus schlagen können: Wenn sie jetzt die Ex-PAC mit Versprechen an sich bindet und vielleicht sogar einige davon einlöst, haben sie die beste WählerInnenbasis für die Wahlen 2003.

Rassismus pur

Guatemala, 19. Juni. Täglich erleben Indígenas, vor allem Indígena-Frauen rassistisch motivierte Diskriminierung und Gewalt, oftmals, ohne dass diese als solche wahrgenommen wird. Nun hat aber der Fall Irma Alicia Velásquez Nimatuj die Presse und Öffentlichkeit bewegt und Indígenaorganisationen versuchen wieder einmal, das Thema auf den Tisch zu bringen.

Am 5. Juni wollte die Anthropologin Velásquez Nimatuj zusammen mit KollegInnen das Restaurant *Tarro Dorado* in der Hauptstadt besuchen, doch wurde ihr der Eintritt verweigert, mit der Begründung, dass auf Befehl der Geschäftsleitung Tracht tragende Frauen keinen Zutritt zu diesem Etablissement hätten. Velásquez reichte sofort Anzeige gegen den Restaurantbesitzer ein. Dieser entschuldigte sich und meinte, das Verhalten des Angestellten entspreche nicht der Geschäftspolitik.

Die Geschädigte akzeptierte die Entschuldigung der Geschäftsleitung nicht. Hingegen forderte sie eine Sensibilisierungskampagne und die Schaffung eines Fonds, der für antirassistische Arbeit eingesetzt werde. Sie wolle

die guatemalteckische Gesellschaft nicht spalten, aber sie wolle erreichen, dass das Thema Rassismus endlich offen diskutiert werde. Um Rassismus zu bekämpfen brauche es zuerst die Einsicht, dass es ihn gibt, dann eine breite Diskussion darüber und drittens eine Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und legalen Strukturen, welche die rassistischen Strukturen fördern sowie eine entsprechende Erziehung.

Die Idee einer nationalen Kampagne gegen Rassismus wurde sogleich

von der *Defensoría Maya* aufgegriffen. Dazu gehört die Schaffung einer nationalen Kommission, die rassistische Tendenzen auf Staatsebene, in der Privatwirtschaft und allgemein in der Gesellschaft bekämpft. Weiter die Erarbeitung eines Entwurfs für ein Anti-Diskriminierungsgesetz und die Umsetzung der bereits ratifizierten nationalen und internationalen Abkommen über die Rechte der indigenen Bevölkerung. Die Kampagne soll sofort beginnen und bis ins Jahr 2005 dauern.

Keine Feierlichkeiten fürs Militär

Guatemala, 17. Juni. Was zivilgesellschaftliche Organisationen seit Jahren fordern, wird zum Teil wahr: Aus Mangel an finanziellen Mitteln soll dieses Jahr das Defilee anlässlich des "Tags der Armee" vom 30. Juni ausfallen. Die Militärsprecherin Edith Vargas versicherte aber, dass die einzelnen Kommandos in ihren Kasernen Aktivitäten durchführen würden, denn schliesslich sei der 30. Juni auch der "Tag des Soldaten".

Dafür will Verteidigungsminister

Alvaro Lionel Méndez Estrado diesen Tag nutzen, um die neue Militärdoktrin bekannt zu machen. Diese sei auf die Bekämpfung der neuen sicherheitsbedrohenden Herausforderungen ausgerichtet: Drogenhandel, illegale MigrantenInnen, Waffenhandel, Terrorismus und der illegale Handel von Naturressourcen. Die Grundlage für die neue Doktrin bilde diejenige, die sein Vorgänger 1999 präsentiert habe - und die von der Zivilgesellschaft abgelehnt wurde.

Die sichere Hölle

Guatemala, 17. Juni. Noch ein Jahr nach einer der grössten Gefängnisausbrüche in der Geschichte Guatemalas herrscht unter den Behörden keine Einigkeit über den Vorgang.

Vor zwölf Monaten waren 78 Gefangene aus dem Hochsicherheitsgefängnis "Die Hölle" in Escuintla ausgebrochen und hatten das Land für einige Wochen in Angst und Schrecken versetzt. Der derzeitige Stand der Dinge ist unsicher: 14 bzw. 18 von den wegen Schwereverbrechen einsitzenden Personen sollen noch auf der Flucht sein, 10 oder 11 seien tot und 50 bzw. 53 sind wieder gefasst. Die Verantwortlichen in der *Nationalbehörde des Strafsystems* SNP versichern, dass es keine weiteren Fluchtversuche geben wird, da die Sicherheitsnormen verändert wurden und nun "unverletzbar" seien. Zudem hätte man neue Kontrollmassnahmen eingeführt, die die Angestellten, die Gefangenen und die BesucherInnen betreffen. Eine besondere Weiterbildung für das Personal soll ausserdem für eine verstärkte Sicherheit in den Gefängnissen sorgen. Man ist sich sicher, dass "Die Hölle" weiterhin eines der sichersten Gefängnisse des Landes sei und die Ereignisse, die sich in diesen Tagen jähren, nur möglich gewesen seien, weil die Insassen Unterstützung von Seiten der Gefängnisverwaltung bekommen hätten. Der Erfolg der Flucht sei also nicht auf

architektonische Mängel des Anstaltskomplexes zurückzuführen.

Doch gemäss Adela Torrebiarte von den *Madres Angustias* haben die Behörden das Interesse daran verloren, die noch flüchtigen Schwereverbrecher wieder zu fassen. Wie Torrebiarte sind auch VertreterInnen der Presse der Meinung, dass der erwähnte Ausbruch nicht nur ein deutliches Zeichen für die Debitilität des guatemalteckischen Justizsystems ist, sondern dass das Land einer Mafia ausgeliefert ist. Für niemanden sei ein Geheimnis, dass die Korruption im Strafsystems Rückenwind hat, genauso, wie in den anderen Abteilungen des Regierungsministeriums.

Im Tagesblatt *El Periódico* wird festgestellt, dass die Flucht von vor einem Jahr sich jeden Moment wiederholen könne, mit dem selben Ziel: die gefährlichen Delinquenten zu befreien, die das organisierte Verbrechen für neue Streiche aus der Haft entlassen haben will, oder aber auch zu verhindern, dass die hohen Tiere angeklagt werden.

Weder der Präsidialdirektor noch die *Nationale Zivilpolizei* PNC fühlen sich in der Lage, die Sicherheit der Gefängnisse zu garantieren. „Wir können nicht sagen, dass es nicht noch einmal zu einer Flucht kommen wird, aber die Risiken vermindern sich,“, so ein Sprecher der PNC.

Staatsanwalt Alfredo Vásquez Me-

néndez lässt sich derweil auf eine Auseinandersetzung ein, da das Berufungsgericht das gefällte Urteil annulliert hat, in dem die angeklagten Wächter der Kollaboration mit den 78 geflüchteten Insassen im letzten Jahr verurteilt worden waren. Die Strafen von fünf Jahren Gefängnis für den Direktor, dessen Vertreter und den Schlüsselwächter jener Haftanstalt, seien sehr gering und könnten mit fünf Quetzales pro Tag Haft verhindert werden – das wären um die sechs Tausend Quetzales. Deswegen fordert der Anwalt eine Neuaufnahme des Falles.

Darum, in das neu erbaute und entsprechend 'sichere' Gefängnis verlegt zu werden, baten Untersuchungsgefangene in Sololá. Ihre Bitte begründen sie mit den miserablen Haftbedingungen, denen sie zur Zeit ausgesetzt sind: Nur einmal pro Woche Hofspaziergang, kleine Räume, in denen sie zu zweit eine Pritsche teilen, während immer noch Häftlinge am Boden schlafen müssen. Auch die sanitären Einrichtungen seien absolut prekär. Die Untersuchungsgefangenen seien sich bewusst, dass ihre Bewegungsfreiheit im Gefängnis eingeschränkt sei, doch diese Zustände seien unter der Würde eines jeden Menschen, protestierten sie. Der Gefängnisdirektor bat die Gefangenen um 'etwas Geduld' bis auch die Strasse, die zum neuen Gefängnis führt, asphaltiert sei.

Räumung der Finca Santa Maria in Xoncá/Nebaj

Guatemala, 13. Juni. Die *Bewegung der Entwurzelten Bevölkerung aus dem Norden von El Quiché* (Movimiento de los Desarraigados del Norte de Quiché) wehrt sich gegen die Menschenrechtsverletzungen in ihrer Region und nimmt in einem Memorandum vom 28. Mai die Besetzung und anschliessende Räumung einer Finca als konkretes Beispiel:

„Während des Krieges musste eine Gruppe von Familien aus Xoncá, Pulay und Río Azul vor der Repression fliehen. Der damalige Bürgermeister und Finquero Humerto Samayoa nutzte diese Situation aus und annektierte das Land, auf dem die Familien lebten. 260 Familien aus den drei genannten Gemeinden organisierten sich und besetzten am 26. Februar 2002 das Land. Der vom zuständigen Richter ausgestellte Räumungsbefehl konnte erst im dritten Anlauf ausgeführt werden. Am 28. Mai räumten die Familien das Land. Gegen die Mitglieder der Landkomitees der drei Gemeinden wurde ein Haftbefehl erlas-

sen. Wir sind sehr besorgt über die Haltung der Regierungsinstanzen, die keinen Willen zeigen, die Probleme zwischen den Gemeinden und dem Fincabesitzer zu lösen. Der Staatsanwaltschaft stellt sich eindeutig auf die Seite des Finquero und missachtet die Rechte der drei Gemeinden. Wir bitten die Regierung, unsere Rechte anzuerkennen, die durch den Finquero Samayoa verletzt wurden um zu vermeiden, dass sich der Konflikt noch mehr zuspitzt“.

In einer Meldung von CERIGUA zu diesem Fall wird die positive Rolle erwähnt, die der Menschenrechtsprokurator von Nebaj und MINUGUA, der Gouverneur von El Quiché und der Bürgermeister bei der „friedlichen“ Räumung gespielt haben. Auch sei den geräumten BesetzerInnen erlaubt worden, ihre Nothäuser vorläufig auf dem Terrain zu lassen, bis die juristische Situation geklärt sei. Mit dem Finquero seien Verhandlungen im Gange.

Das tönt auf Anhieb optimistisch. Auf der anderen Seite berichtet das *Mo-*

vimiento am 11. Juni in einem Mail, dass die 260 Familien wie Flüchtlinge in armseligen Provisorien lebten. Zudem seien Spannungen entstanden zwischen ihnen und Familien, die auf dem Gelände der Finca ein Stück Land gemietet hätten.

Der heutige Fincabesitzer, Sohn des Ex-Bürgermeisters Samayoa, sei offenbar tatsächlich bereit, sein Land zu verkaufen, aber möglichst noch bevor ein Katasterbericht von CONTIERRA vorliegt, der ihm möglicherweise das Recht auf die Finca abspricht.

Es ist bloss zu hoffen, dass nicht auch in diesem Fall, wie in vielen andern, Vertriebene ihr eigenes Land werden zurückkaufen müssen. Immerhin haben sie in der *Mesa de Concertación* (Koordinationsgruppe zur Lösung von Landproblemen), bei der nicht nur das *Movimiento*, sondern auch MINUGUA, die Menschenrechtsprokurator, CONTIERRA und die Pfarrei Nebaj beteiligt sind, eine breitgefächerte Instanz, die ihnen hilft, ihre Interessen zu vertreten.

GEWALTig

Guatemala, 3.Juni. Die Unfähigkeit des Staates, die Behörden für Sicherheit und Justiz im Land zu stärken und zu modernisieren, sowie die Straffreiheit der Korruption und die Armut sind die Hauptursachen für den Wiederanstieg von Gewalt und Unsicherheit, so beschreibt es eine Studie des *Nationalen Untersuchungszentrums für Wirtschaft CIEN*. Dieselbe Untersuchung stellt fest, dass 41% der guatemaltekischen Bevölkerung bereits Opfer einer Straftat waren, die höchste Angabe auf zentralamerikanischer Ebene.

Währenddessen habe die Regierung eine totale Unfähigkeit darin gezeigt, diese sozialen Phänomene zu bremsen. In Guatemala ist das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Justizsystem deutlich spürbar: lediglich 20 % der Gewaltopfer zeigen die Vorfälle bei der Polizei oder dem Innenministerium an.

In diesem Jahr haben die Straftaten, Morde und Morddrohungen gegen diverse Sektoren der zivilen Gesellschaft noch zugenommen, was wiederum zeigt, dass die von Präsident Portillo hochgelobte "Sicherheitsmatrix" ein völliger Misserfolg gewesen ist, so die Studie.

Andere Analysen auf zentralamerikanischer Ebene zeigen auf, dass Guatemala den zweiten Platz in der Region hinsichtlich Gewalt und De-

linquenz einnimmt. Der Grossteil dieser Taten wird mit Feuerwaffen begangen, allein 88% aller Morde werden auf diese Weise durchgeführt. 90 % der Überfälle geschehen mit Pistolen und finden vor allem in den Strassen und in den Autobussen in der Zeit zwischen 7 und 19 Uhr statt.

JournalistInnen anderer Länder der Region meinen, dass Guatemala seine Kriminellen "exportiert" hätte, eine Anspielung darauf, dass diverse Taten StraftäterInnen guatemaltekischer Herkunft zugeschrieben werden. Banden des organisierten Verbrechens, angeführt von "Chapines" treten häufig zwischen Guatemala und El Salvador auf, wo die Behörden bereits die Spuren der wahren Identität der TäterInnen verloren hätten.

Die am stärksten betroffenen Orte der gewöhnlichen Verbrechen finden sich in der guatemaltekischen Hauptstadt, und dort vor allem in den Randgebieten, aber auch das Historische Zentrum gilt als riskante Zone. Dagegen finden Autodiebstähle vornehmlich in Wohngebieten und an den Ausfahrten der Universitäten statt.

Guatemala Stadt verzeichnet eine jährliche Durchschnittsrate von 40,3 Morden bezogen auf 1000 EinwohnerInnen und wird nur noch von San Salvador mit 102,6 auf 1000 übertroffen.

Während der Chef der *Nationa-*

len Zivilpolizei (PNC) die guatemaltekische Wirklichkeit als "das ist normal in allen Städten der Welt" abtut, schreibt Regierungsminister Arévalo Lacs die zahlreichen Gewaltverbrechen Kämpfen zwischen Verbrecherbanden und Drogenhändlern zu, die sich um die Kontrolle des Marktes streiten.

Noch sechs Monate nach Amtsantritt kann Arévalo Lacs keinerlei Fortschritt im Kampf gegen das Verbrechen verzeichnen. In den ersten Wochen wurden 37 Personen gefunden, die Anzeichen aussergerichtlicher Hinrichtung trugen. Allein im Januar dieses Jahres erhoben allein in der Hauptstadt 24 Frauen Anzeige wegen Vergewaltigung, 16 Tote wurden vermutlichen Auseinandersetzungen von Drogenkartellen zugeschrieben, während 43 Familien Opfer von Streitfällen mit Jugendbanden wurden, in denen sie Angehörige verloren.

Organisationen, die sich um die Sicherheit der BürgerInnen und die Justiz bemühen, stellen fest, dass die Behörden in Bezug auf die Gewalt völlig versagen. Es zeige sich, dass auch die Übernahme des Sicherheitsressorts durch einen Militär keine Lösung darstellt. Dennoch versichert genau dieser, Arévalo Lacs in Person, dass die Resultate seiner Arbeit beträchtlich seien, obwohl die Statistiken das Gegenteil belegen.

Ríos Montt bestätigt und gestärkt

Guatemala, 25. Juni. An der Generalversammlung der FRG vom 15. Juni, die unter dem Motto "Ríos Montt, unsere Inspiration" stattfand, wurde dieser als Generalsekretär der Partei bestätigt. Seine ParteigenossInnen vertrauen ihm offenbar so sehr (oder wollen interne Streitereien vermeiden) dass sie ihm sogar freie Hand gaben, um die Mitglieder des Exekutivkomitees der Partei auszusuchen.

"Die FRG wird die Mechanismen suchen (oder schaffen), um dem Ex-General Efraín Ríos Montt eine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2003 zu ermöglichen". Dies erklärte Präsident Portillo während eines Staatsbesuches in Nicaragua gegenüber seinen zentralamerikanischen PräsidentschaftskollegInnen. Gleichzeitig gab er jedoch zu, dass, falls dies nicht möglich sei, die FRG über keine geeigneten Personen verfüge und jemanden von aussen als Präsidentschaftskandidaten portieren müsste.

Noch ist aber die gesetzliche

Grundlage nicht klar, die Ríos Montt eine Kandidatur ermöglicht. Zwar versucht die FRG, seit Beginn ihrer Regierungsperiode, das entsprechende Wahlgesetz zu verändern, doch hat sie bisher die dazu notwendige Mehrheit im Kongress nicht erreicht. Der Streitpunkt ist, ob Ríos Montt, als ehemaliger Präsident, der durch einen Staatsstreich an die Macht kam, an den Wahlen teilnehmen darf. Laut Artikel 186 der guatemaltekischen Verfassung darf er nicht. Ríos Montt hingegen besteht darauf, dass die aktuelle Verfassung erst nach seiner Regierungszeit in Kraft getreten sei und nicht rückwirkend ausgelegt werden dürfe. Ein weiteres Hindernis für die Kandidatur Ríos Montts ist ein Artikel, der besagt, dass der obenerwähnte Artikel 186 nicht verändert werden darf. Dies trotzdem zu tun, wäre nach dem Politologen René Poitevin eine Verfassungsverletzung die einem Staatsstreich gleichkäme, was wiederum Artikel 186 aktivieren würde.

Die andere Idee der FRG ist, die internationale Menschenrechtskonvention, die das Recht "wählen und gewählt zu werden" garantiert, mit einer Gesetzesänderung über die guatemaltekische Verfassung zu stellen. Dies könnte sich längerfristig als Eigentor erweisen, sind doch darin noch ganz andere Menschenrechte garantiert, die von der Regierungspartei mit den Füßen getreten werden.

Auch Oscar Berger, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt und Präsidentschaftskandidat der PAN, will es noch einmal versuchen und kündigte seine Rückkehr in die Politik an. Der Analytiker Hector Rosada meinte zwar, Berger könne eine veritable Konkurrenz für den Kandidaten der FRG bedeuten. Die erste und wohl schwierigste Hürde, die er nehmen müsse sei jedoch, seine ehemaligen ParteigenossInnen davon zu überzeugen, dass er der bessere Kandidat sei, als Generalsekretär Leonel López Rodas, der auch auf eine Kandidatur spekuliert.

